

Aus der vertraulichen Sitzung Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung beschlossen den Oberbaurat Ingenieur Leopold Trnka in Würdigung der von ihm geleisteten hervorragenden Dienste den Titel Stadtbauvisedirektor zu verleihen. Weiters wurde den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Oberdöbling Josef Houdek, Josef Eipeldauer und Paul Holizky für die mehr als 30 jährige eifrige Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste den Dank und die volle Anerkennung, den Franz Fink für die mehr als 25 jährige die Anerkennung des Gemeinderates und den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Mietzing Johann Serviansk, Josef Krenn, Karl Chmelik, Josef Scherhauser und Alois Hanzak für ihre langjährige verdienstvolle Tätigkeit, dem Johann Szlama, Sebastian Santner und Josef Cudlin für die mehr als 25 jährige Tätigkeit den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

Armenlotteris. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsanrichtungen hat beschlossen auch heuer wieder eine Lotterie zugunsten der Armen Wiens zu veranstalten. Der Preis der Lose wurde bei 5250 Treffern, darunter 25 Geldtreffern im Gesamtwerte von 250.000 K, mit 5 K festgesetzt. Der Haupttreffer beträgt 40.000 K und wird, wie alle anderen Geldtreffer ohne Abzug bar ausbezahlt. Die Ziehung wurde für den Faschingdienstag 1921 in Aussicht genommen.

Die Siedlungsaktionen der Gemeinde. Donnerstag vergangener Woche fand im Gemeinderatsitzungsraum eine Beratung über die Siedlungsaktionen der Gemeinde Wien statt, die vom Wohnungs- und Siedlungsamte einberufen und von zahlreichen Gemeindefunktionären, Fachleuten und Vertretern von Organisationen besucht war. Den Vorsitz führten Bgm. Reumann und der Leiter der Verwaltungsgruppe für soziale Politik und Gesundheitswesen der StR. Grünwald.

Einleitend gab GR. Beermann eine Erklärung für die täglich steigende Wohnungsnot, die in allen Städten des In- und Auslandes ein Problem ist. In Wien zählt man gegenwärtig 23.000 Wohnungssuchende Parteien, von denen sicher an die 10.000 als dringend wohnungsbedürftig bezeichnet werden können. Die Gründe für die Wohnungsnot sind verschiedene; seit Anfang 1919, der Zeit, wo die Bautätigkeit ausgesetzt hat, sind über 10.000 Eheschließungen zu verzeichnen. Viele Familien, die zur Zeit des Rückgangs der Ernährung ihre Wohnung aufgaben, wollen nun nach Rückkehr des Mannes zuletzt aus der Gefangenschaft wieder ein Heim haben. Schließlich wurden viele Familien gezwungen, aus den Nachfolgestaaten und dem anderen Auslande

nach Wien zu übersiedeln. Demnach eine private Bautätigkeit auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, werden alle bisher angewandten Mittel nur eine kleine Linderung bedeuten, wenn es nicht gelingt, die schönen Ansätze, die sich auf dem Gebiete des Siedlungswesens in Wien bemerkbar machen, zu fördern. Mit der Verwirklichung des Siedlungswesens wird gleichzeitig an drei Problemen gerührt, an dem der Arbeitslosigkeit, der Ernährung und der Wohnungsfrage. Die Gemeinde hat die Absicht, organisatorisch zu fördern und das Siedlungswesen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu unterstützen.

Direktor Dr. Sagmeister vom Wohnungsamte stellte fest, das alle bisherigen Mittel die Wohnungsnot zu bekämpfen, angesichts des ungeheuren Bedarfes sich früher oder später erschöpfen müsse und das nur eine ausgebreitete Siedlungstätigkeit dauernd Abhilfe verspricht. Für Bauten im freien Lande werden die weitestgehenden Erleichterungen einzuräumen sein, die nicht in Zugeständnissen in Einzelheiten bestehen dürfen, sondern die an die primitivsten Bauten der Schrebergärten anknüpfen den selbstbauenden Siedlern möglichst freie Hand lassen.

Der Vorstand des Siedlungsamtes der Gemeinde Wien Dr. Ernert wies darauf hin, das die Siedlungsfrage zugleich eine Wohnungs- und Wirtschaftsfrage sei. Die Schaffung menschenwürdiger Wohnungen und die Schaffung neuer Existenzen hängen unmittelbar zusammen. Als Wohnungsfrage bezeichnet sie eine Demokratisierung der Wohnkultur, die bisher nur wenigen Reichen zugänglich war, als Wirtschaftsfrage bedeute sie eine Erleichterung der Ernährung, der Selbstversorgung, Biedurch eine Herabsetzung der Produktionskosten in der Industrie, Hebung der physischen Leistungsfähigkeit der Siedler und der Volksgesundheit im allgemeinen. Die Siedlung sei aber auch eine ethnische Frage. Die Gemeinde will nun nach Maßgabe ihrer kleinen Mittel das bestmöglichst leisten und die Siedlungsgenossenschaften in jeder Weise unterstützen. Dr. Ernert berichtet weiter, über die bisherige Siedlungspolitik der Gemeinde und über die laufenden Aktionen in Wien und Umgebung, die nach Fertigstellung einen neuen Siedlungsgürtel gartenstädtischer Art darstellen werden, und ein Vorbild für künftige Wohnungs- und Ernährungspolitik bei geringen Mitteln sein werden. Die wichtigsten Siedlungspläne sind derzeit: Gartenstadt Rosenhügel, Altmannsdorf, Invalidensiedlung Lainzer Tiergarten, Heilkehrersiedlung Leiserberg und Invalidensiedlung Asperrn. Das neugeschaffene Siedlungsamt der Gemeinde, wird jede geplante Siedlung, die gut und gemeinnützig organisiert ist, unterstützen in den Fragen der Bodenbeschaffung, in baulicher, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beratung, bei Erwirkung von Bauerleichterungen u. s. w. Ein neues Enteignungsgesetz wird von der Gemeinde in der Nationalversammlung

verlangt werden.

Inspektör des Landwirtschaftsamtes Siller betonte, das die Schrebergärtner schon vielfach gezeigt haben, das und wie man bauen könne, Wohnstätten wurden errichtet, die vielleicht den kommunalbaubehördlichen Bestimmungen nicht entsprechen, die aber für die Schrebergärtner wertvoll und weit besser waren, als die innengebaute Stadtwohnung. Die Schrebergärtner sind von dem Willen besetzt, sich in der Zeit der Wohnungsnot durch die Selbstbautätigkeit zu helfen. Hier wird es gelten sicher und zielbewusst eingreifen, für eine entsprechende sachkundige Leitung und Führung zu sorgen. Verfügbares Land wolle also den Schrebergärtnern und Gartensiedlern in erster Linie gegeben werden, da diese von allen in Betracht kommenden Bau- und Wohnungsgenossenschaften die ältesten und tatkräftigsten Mitarbeiter besitzen.

Landtagsabgeordneter Adolf Müller, Obmann des Vereines der Schrebergärtner betonte, das es noch der Klärung einiger grundsätzlicher Fragen bedürfte, ohne die ein Gedeihen der Siedlungsaktion nicht zu gewärtigen sei. Die Kleingärtner und Siedler wollen unter Verzicht auf jegliches Privateigentum durch ihre Arbeit die Wohnungsnot lindern helfen; es bedürfe nur einer zweckentsprechenden Organisation der Arbeit, in der freilich die Willkür des Einzelnen und die Sondergelüste einzelner Vereine unterbunden werden müssen. Die Gemeinde müsse zur Durchführung der Siedlungsprojekte eine einheitliche, auf Arbeitsgemeinschaft und freiwillige Disziplin aufgebaute Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden. Dies müsse als Grundlage für alle Siedler gelten, die für die Verwirklichung ihrer Wünsche die Hilfe der Gemeinde erstreben. Grund und Boden und alle Siedlungsanlagen sollen dauernd Eigentum der Gemeinde bleiben. Den Siedlern wird das Selbstverwaltungs- und Vernichtungsrecht überlassen. Die Kleingärtner und Siedler stellen der Gemeinde ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung. Die Gemeinde stellt dafür den Siedlern das Baumaterial gegen Ersatz des Selbstkostenpreises und die fachlichen Berater und technischen Leiter bei. Die Kleingärtner und Siedler zahlen der Gemeinde in langfristigen Mietzinsweisen Raten die Selbstkosten zurück. Redner legte dann der Versammlung die grundsätzlichen Vorschläge zur Verwirklichung der Siedlungsgedanken vor. Dr. J.K. Friedjung gab als Arzt seiner Freude Ausdruck, das der Siedlungsgedanke nunmehr jene Würdigung finde, die er verdient. Er sprach den Wunsch aus, das man sich in Siedlungsfragen der Hilfe sachverständiger Aerzte versichere, um Fehler in der Anlage der Siedlungen zu vermeiden. Nicht zu übersehen sei auch die sittliche Wirkung der Bewegung, die den Menschen den Zusammenhang mit den Boden wiedergeben soll.

Ingenieur Doppelreiter vom Stadtbaumeamt verwies auf die Not-

wendigkeit, das das Stadtbaumeamt zur Freigabe der Siedlungsnotwendigkeit Stellung nimmt, und das zunächst im Amte selbst eine Organisation geschaffen werde, die ein systematisches Zusammenarbeiten aller beteiligten Faktoren zu zweckmäßigen einheitlichen Massnahmen in erster Linie sei eine planmäßige Zusammenstellung der bereits als Schrebergärten und für Siedlungsgebiete in Verwendung stehenden und in Zukunft zu verwendenden Grundstücke anzulegen. Mit der praktischen Durchführung dieser Aufgabe seien zugleich Organe des Stadtbaumeamtes zu beauftragen.

GR. Schmitz wandte sich gegen die von Landtagsabgeordneten aufgestellten Grundsätze und lehnte insbesondere jede Monopolisierung des Siedlungswesens ab. Er betonte, das kein gemeindefunktionäres Unternehmense für Kleingartenwesen bestehe, wodurch die Kleingartenbewegung gegen früher verkehrt sei, wo sie in ihrer Ausübung eine verfassungsmäßige Vertretung hatte. Das wichtigste für die Siedlungsbewegung sei die Beschaffung des nötigen Grundes und Bodens. Redner fordert die Gemeindevorstellung auf, das nördlich der Donau gelegene Gelände, das sich für Siedlungswecke zu eignen eignet, die Loben und die Leopoldau, sowie das Gut Kobenzl für Siedlungswecke zu widmen.

Der Obmann des Verbandes der Schrebergartenvereine betont, daß die Siedlungsfrage nur von unten aufgebracht werden könne, daß Raum geschaffen werden müsse für die Kleingärtner und daß im Notfalle mit Enteignung der Gründe vorgegangen werden solle. Den Siedlern solle zur Steuer der Nahrungssorgen Anbauzwang auferlegt werden.

Dr. Karl Wurzel berichtete über die Gründung des Hauptverbandes für Siedlungswesen, der die Aufgabe hat, eine gemeinsame Aktionstelle für alle Bestrebungen zu bilden.

Güterinspektor Reingl führte aus, daß die Beratungen volle Einmütigkeit über die Frage über die Notwendigkeit eines brauchbaren Enteignungsgesetzes für Siedlungsland gebracht haben, daß aber in der Frage der kleinen Schrebergärtner und in der eigentlichen Siedlungsfrage sich Gegensätze ergeben hätten. Die Siedlungsfrage dürfe durch die Frage der kleinen Schrebergärtner nicht an die Wand gedrückt werden, sondern es müsse hierin eine Einigung zustande kommen.

Der Obmann der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft der Kriegsbeschädigten Oesterreichs betont, daß sich die Invaliden zur Schaffung der Kriegsbeschädigten-Siedlung entschlossen haben, an denen sowohl Staat und Stadt Interesse haben.

StR. Siegel führte aus, daß die ganze Siedlungsaktion im engsten Zusammenhange mit der Wohnungsfrage stehen und von diesem Gesichtspunkte aus von der Gemeinde gehandelt werden müsse. Es komme daher für die Gemeinde nur die Wohnungssiedlung in Betracht weil die Wirtschaftssiedlung in den Grenzen einer großen Stadt keinen Platz wird finden können, sondern außerhalb der Städte ihre Existenzberichtigung wird suchen müssen. Für Wohnsiedlungen können bei den gegenwärtigen Verhältnissen in erster Linie wieder die Schrebergärtner in Frage, da diese das vorgeschulte und beste Material zur Verwirklichung der „Selbstbauweise“ sind. Die Schrebergärtner haben aber auch den Beweis erbracht, daß sie nach ihren Kräften auch finanzielle Mittel aufzubringen in der Lage sind und besonders dann tun werden, wenn sie ihr heiß-erstrebtetes Ziel, auf der von ihnen bebauten Scholle auch wohnen zu können, erreichen werden. Die Gemeinde hat die Aufgabe dahin zu trachten den für Siedlungszwecke notwendigen Grund und Boden gegen mäßigen Preis zur Verfügung zu stellen. Da die Gemeinde aber selbst nur verschwindend wenig Grundbesitz hierzu besitzt, muß durch Anwendung der schon bestehenden und noch zu schaffenden geeigneten Enteignungsgesetze für genügende Grundflächen vorgesorgt werden. Die Gemeinde muß auch den nötigen Kredit vermitteln, sie muß dafür sorgen, daß die notwendigen Baustoffe, zu möglichst billigen Preisen den Siedlern beschafft werden können.

Zum Bau der Häuschen und Wohnungen müssen leicht herzustellende Bautypen geschaffen werden, so daß eine möglichst billige Herstellung und einfache Montage auf der Baustelle selbst möglich ist. Redner spricht sich gegen die Aufhebung des Bauverbotes für den Wald- und Wiesengürtel aus. Der Wald- und Wiesengürtel müsse für viele Tausende, die nicht Schrebergärtner sein können oder wollen, als Luftreservoir und Erholungsstätte erhalten bleiben. Bezüglich der Siedlungen seien Vorarbeiten im Stadtbauamt im Zuge und Redner hofft in Bälde dem Gemeinderate und der Öffentlichkeit konkrete Anträge vorlegen zu können.

Architekt Loss wies darauf hin, daß ein neuer Verbauplan geschaffen werden müsse, der auf die Schrebergärtner und Siedlungskolonien Bedacht nehme.

Der Obmann des Reichverbandes für Siedlungen der öffentlichen Angestellten bemerkt, daß der Verband unter der Bedingung mit den Abbau der öffentlichen Angestellten einverstanden ist, daß jeder, der seine Absicht kundgibt, aus dem öffentlichen Dienste zu treten Grund erhält, damit er sich seine Existenz schaffen könne. Redner dankt der Gemeinde, daß sie als erste öffentliche Körperschaft den Siedlungsgedanken richtig erfasst habe und wünscht, daß auch die Regierung eine Stelle schaffe, die sich mit der Siedlungsfrage zu beschäftigen habe.

Hgn. Reumann erklärte am Schluß der Beratungen, daß diese eine Reihe von Anregungen gegeben haben, die für die Siedlungsaktion wertvoll sind. Gegenüber dem letzten Redner möchte er aber bemerken, daß es nicht vom Vorteil sei, allzu viele Aktionsstellen zu schaffen. Für die Durchführung der Siedlungsaktion wird die künftige Stellung Wiens nicht ohne Einfluß sein. Der zur Verfügung stehende Grund und Boden sei sehr beschränkt und es müsse die Möglichkeit vorhanden sein, daß das Territorium Wiens sich ausdehnen kann. Es sei ein Vorteil, daß die Möglichkeit der Ausdehnung Wiens nicht den beschränkenden Bestimmungen unterworfen würden, wie sie ursprünglich gedacht war. Künftighin werde das Land Niederösterreich und Wien allein über die künftige Territoriale Gestaltung der Stadt zu entscheiden haben. Eine der wichtigsten Grundlagen für die Entwicklung des Siedlungswesens sei ein Enteignungsgesetz. Zunächst müssen konkrete Vorschläge erstattet werden, um der Entwicklung des Siedlungswesens die Wege zu ebnet. Der Bürgermeister schloß mit dem Wunsche, daß der nächsten Besprechung schon praktische Vorschläge zur Beschlußfassung vorgelegt werden.